

BADEN-TURGI: Informationsanlass zur Fusionsabstimmung

Basisdemokratie und Schule als Themen

Am 12. März entscheiden Baden und Turgi, ob sie fusionieren wollen. Die Stimmung scheint aktuell auf ein Ja hinzudeuten.

BEAT KIRCHHOFER

Das Interesse an Informationen aus erster Hand und an der Beantwortung persönlicher Fragen zur Fusion Baden-Turgi war gross - der «Glassaal» des «Trafos» Baden entsprechend übervoll. Moderiert von Katia Röthlin, schilderten der Badener Stadtammann Markus Schneider und der Turigemer Gemeindeammann Adrian Schoop die Vorgeschichte der Fusion sowie deren Vorteile und warfen Lichter auf verschiedene Punkte des Fusionsvertrags.

Zu diesen gehört auch die politische Organisation der fusionierten Gemeinde. Sagen Badener und Turigemer am 12. März an der Urne Ja zum Zusammenschluss, gibt es eine Ergänzungswahl für den Einwohnerrat. Bis Ende 2025 werden ihm zusätzlich zu den aktuell fünfzig Badener Mitgliedern acht in Turgi gewählte Personen angehören. Nach den Gesamterneuerungswahlen - die auch den Stadtrat betreffen - gilt wieder die «alte» Ordnung, und der Einwohnerrat schrumpft auf seine ursprüngliche Grösse. Interessierte aus Turgi können sich sodann für alle Ämter bewerben, wie dies auch schon immer für Leute aus den Stadtteilen Dättwil und Rütihof möglich war.



Stadtammann Markus Schneider, Moderatorin Katia Röthlin und Gemeindeammann Adrian Schoop orientieren über den Stand der Dinge bezüglich der Fusion von Baden mit Turgi

BILD: BKR

Ein Votant fand, mit einem Einwohnerrat würden für die Turigemer «basisdemokratische Rechte» (die Gemeindeversammlung) wegfallen und durch ein parteipolitisch geprägtes System ersetzt. In diesem Punkt gab Stadtammann Schneider dem Kritiker recht. Aber: Wie in einer Gemeinde

mit künftig 23 500 Einwohnerinnen und Einwohnern basisdemokratische Versammlungen durchführen?

Schule als brennendes Thema

Was verschiedenen Votantinnen und Votanten unter den Fingernägeln brannte, ist das Thema Schule. Blei-

ben die Kindergärten und Schulen in Turgi bestehen? Müssen Oberstufenschülerinnen und -schüler den Schulort wechseln? Stadtammann Schneider versicherte, es sei keinesfalls geplant, das Schulangebot zu reduzieren oder zu verlagern. Etwas, was auch für das Quartier Kappelerhof gelte.

Diese Verunsicherung löste nicht zuletzt die aktuelle Aufteilung der Oberstufe unter den Gemeinden Gebenstorf, Turgi und Untersiggenthal aus. Deren Schülerinnen und Schüler besuchen Real- und Sekundarschulen in Gebenstorf oder Untersiggenthal - ein entsprechendes Angebot gibt es in Turgi nicht, dafür eine Bezirksschule für die drei Orte. Schneider könnte sich - im Schulterschluss mit Gebenstorf und Untersiggenthal - durchaus vorstellen, in ferner Zukunft in Turgi ein Oberstufenzentrum à la Burghalde zu realisieren - «allerdings nicht mit einem Betrag von hundert Millionen Franken».

Wegweisende Entwicklung

Noch kurz zu den Vorteilen der Fusion, die von Scheider und Schoop gemeinsam vorgetragen wurden. Da ist aus Perspektive von Turgi der massiv tiefere Steuerfuss. Baden kann dafür seine Zentrumslasten breiter verteilen und bekommt einen weiteren Entwicklungsschwerpunkt. In Turgi ist Raum für Wohnungen und eine wirtschaftliche Entwicklung. Im Gegensatz zum derzeit boomenden Dättwil sind die entsprechenden Zonen mit dem öV - insbesondere mit der Bahn - so gut erschlossen, dass kein Verkehrskollaps droht.

Zusammenschlüsse sind auch über die aktuelle Fusion hinaus wichtig, betonte der frühere Badener Stadtplaner Hans Wanner in einer Wortmeldung: «Wir müssen uns als starkes Regionalzentrum auch gegenüber Zürich behaupten und dürfen nicht zum Anhängsel werden.»

BADEN

Tourismus: Capodanno weg

Am 6. Dezember 2022 stimmte der Einwohnerrat der Stadt Baden einstimmig der Auslagerung des Kompetenzbereichs Tourismus in eine eigenständige Aktiengesellschaft zu. Zeitnah wurde am 14. Dezember 2022 die neue TourismusRegion Baden AG gegründet. Derzeit ist die operative Auslagerung des Kompetenzbereichs Tourismus in die Tourismusorganisation in vollem Gange und soll bis spätestens Ende Juni 2023 abgeschlossen sein. Zwischenzeitlich haben sich der im November 2022 eingestellte Geschäftsführer Mirko Capodanno und der Verwaltungsrat in gegenseitigem Einvernehmen entschieden, getrennte Wege zu gehen. «Unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf die Führung der neuen Tourismusorganisation haben zu dieser Entscheidung geführt», so VR-Präsident René Kamer. Das bestehende Team führt die laufenden Geschäfte weiter. RS

BADEN

Neues Mitglied in Bankleitung

Die Raiffeisenbank Lägern-Baregg hat seit 1. Februar mit Christiane Keller als Leiterin Privatkunden ein neues Mitglied der Bankleitung. Sie tritt die Nachfolge von Marc Klausen an. Keller verfügt über ein breites Bankfachwissen. Nach langjähriger Beratungs- und Führungserfahrung bei einer Grossbank im Raum Baden und Lenzburg wechselte sie im Frühjahr 2021 zur Raiffeisenbank Lägern-Baregg, baute das Management-Office auf und leitete dieses. Ihre Erfahrungen in diversen Bereichen der Finanzbranche seien ideale Voraussetzung für ihre Arbeit in der Bankleitung, teilt die Raiffeisen mit. RS

BADEN: Sitzstufen und besser Beleuchtung kommen

«Nicht spektakulär, aber gut»

Der Badener Einwohnerrat hat einer Neugestaltung der Limmatpromenade zugestimmt und ist gegen Schulnoten für den Stadtrat.

BEAT KIRCHHOFER

Wasser, See- und Flussufer haben eine magische Anziehungskraft. Das gilt auch für die gut frequentierte Badener Limmatpromenade, obwohl diese derzeit nicht unbedingt eine attraktive Flaniermeile ist. Das soll sich ändern, befand der Einwohnerrat und sprach mit 42 gegen 5 Stimmen einen Kredit zur Sanierung und Neugestaltung des aus dem 1960er-Jahren stammenden Fuss- und Velowegs. Aus Sicht der Finanzkommission hat der Stadtrat ein Projekt vorgelegt, das «nicht spektakulär, aber ein guter Kompromiss ist».

Ausgerechnet die SVP-Fraktion sprach sich gegen das Projekt aus. Dabei war es 2005 der damalige SVP-Einwohnerrat Jan Widmer, der mit einem Postulat die Aufwertung des Raums am Fluss ansah. Vor dem Hintergrund der aktuell angespannten Badener Finanzlage bezeichnete die SVP die einst geforderten Sitzstufen als «Wunschbedarf». Die Wurzeln der Platanen mit einer Aufschüttung zu beseitigen, entspreche keinem Handlungsbedarf. «Diese Unebenheiten haben nie gestört», sagte Fraktions-sprecher Mike Rinderknecht, der auch keine Sicherheitsdefizite betreffend Geländer und Beleuchtung ausmachen kann.

Der richtige Zeitpunkt

Anders sehen dies die Grünen: Nach vielen Jahren sei man mit dem vorliegenden Projekt endlich in der Zukunft



Die Badener Limmatpromenade ist - hier beim «Tränenbrünneli», wo am Ufer eine Sitzstufenanlage entstehen soll - heute schon stets gut frequentiert

BILD: BKR

angelangt und erfülle ein Bedürfnis. Allerdings hätte Sprecherin Corinne Schmidlin gerne mehr Grün entlang der Limmat gesehen. Für die GLP ist das Vorhaben gar ein dringliches. Das Team sagte zwar Ja zur Vorlage, hätte sich aber kreativere Ideen gewünscht. Und die FDP sprach von einer Sanierung, die zum «richtigen Zeitpunkt kommt und in die richtige Richtung geht».

Eine weitere offene Frage ist, wie der Übergangsbereich zwischen der neuen Promenade und der Kronengasse gestaltet werden soll. Viviane Berger (SP) forderte den Einbezug der Anwohnerinnen und Anwohner in einem partizipativen Prozess - gegen den sich allerdings Ressortvorsteher Philippe Ramseier namens des Stadt-

rats im Angesicht des «sportlichen» Zeitplans aussprach. Die Arbeiten an der Promenade sollen bereits im Oktober 2024 abgeschlossen sein. Thomi Bräm (Mitte) durchschlug den Gordischen Knoten mit einem (vom Rat überwiesenen) Antrag: Der Stadtrat wird verpflichtet, das Projekt der Finanzkommission vorzulegen, bevor er die für den Bereich hin zur Kronengasse nötigen 195 000 Franken auslöst.

Keine Noten für den Stadtrat

Projekte wie dieses, wie auch generell die politische Arbeit der Stadträtinnen und -räte, hätte die SVP künftig gerne benoten lassen - durch eine unabhängige Bewertung von Spezialistinnen und Spezialisten. Wie in Wettlingen, wo der Einwohnerrat im Ja-

nuar einen gleichlautenden Vorstoss zu behandeln hatte, blieb die Motion auch in Baden chancenlos. Hauptargument für ein Nein des Stadtrats war, dass seine Mitglieder vom Volk gewählt sind. Die Stimmberechtigten können nach dem Motto «Wahltag ist Zahltag» im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen ihre Benotung für die Mitglieder des Stadtrats an der Urne abgeben. Daniel Glanzmann, einer der Motionäre, fand diese Argumentation nicht stichhaltig: «Die Wählerinnen und Wähler sind nicht in der Lage, sich ein Bild von den Leistungen zu machen.» Für die Stimmberechtigten nicht gerade schmeichelhaft war Glanzmanns abschliessende Bemerkung: «Wahlplakate sind wichtiger als der Leistungsausweis.»